

# Vierte Welle ließe sich viel besser bremsen

Zu: „Kein Fördergeld für lebensrettendes Präparat“, FR-Regional v. 23.7., und „Ohne Test ins Lokal“, FR-Regional v. 20.7.

## Spahn muss alternative Medikamente unterstützen

Die Schlagzeile spricht für sich. 6,3 Milliarden Euro hatte Hr. Spahn für den Kauf von Masken übrig, wegen mangelhafter Schutzwirkung wird mittlerweile vor dem Gebrauch von Millionen Masken des Gesundheitsministeriums gewarnt. Etliche Milliarden wurden für Impfstoffe ausgegeben, welche sich zum Teil gegen die nun dominierende Virusvarianten als nur begrenzt wirksam erwiesen haben und teils kaum akzeptiert werden.

Mit mehr als 50 Milliarden Euro hat das Bundesgesundheitsministerium jetzt mehr Geld zur Verfügung als das Militär. Gegen die Unsummen, die in Impfstoffe und Masken investiert werden, wirken die nochmals 300 Millionen Euro bescheiden, mit denen das Ministerium jetzt die Entwicklung innovativer Corona-Medikamente unterstützen will. Für Biotest gab es nichts.

Derweil gibt es offenbar in Form von Trimodulin bereits ein sehr aussichtsreiches Mittel, mit dem schwere Krankheitsverläufe abgemildert oder verhindert werden könnten. Bekanntermaßen soll bei stationär behandelungsbedürftigen Covid-Erkrankten möglichst nicht zu früh mit einer Beatmung begonnen werden, da sie in besonderem Maße hilflos den über die Tuben eindringenden Problemkeimen ausgeliefert sind. Es ist einleuchtend, dass ein wirksames Immunglobulin für diese

Patienten sehr hilfreich sein kann. Möglicherweise kann es auch, rechtzeitig eingesetzt, eine sonst notwendige Verlegung in Beatmungsbetten entbehrlich machen und so die Intensivstationen entlasten.

Das sollte in Zeiten eine bedeutende Rolle spielen, in denen nicht mehr nur starr auf die Inzidenzen geguckt werden soll, sondern auch auf die Belastung der Krankenhäuser. Mit nur zwölf Millionen Fördergeldern könnten Tonnen dieses Medikaments bereitgestellt werden. Stattdessen wird das Herstellerunternehmen Biotest im bürokratischen Klein-Klein der Zuständigkeiten ausgebremst. Das ist ein Skandal, der seinesgleichen sucht.

Rainer Stockmann, Dreieich

## Ursachen erforschen für passgenaue Maßnahmen

Jetzt nimmt auch Hessen die letzten durch Corona bedingten Einschränkungen zurück: Man darf wieder ohne Test in die Innenräume der Gaststätten, größere und vor allem auch kulturelle Veranstaltungen sind wieder möglich. Soweit die gute Nachricht. Gleichzeitig steigt die Zahl der Neuinfektionen täglich an. Bald wird Darmstadt die magische Marke von 35 reißen, andere Städte und Kreise werden folgen, und die Einschränkungen werden wieder kommen. Soweit die schlechte Nachricht.

Anscheinend keine Nachricht wert waren Berichte über

Untersuchungen, wo und wie sich die neu Infizierten angesteckt haben. Dabei wäre es doch wichtig zu wissen, ob die meisten frisch Erkrankten gerade aus dem Urlaub gekommen sind, ob sie in Spanien oder an der Nordseeküste waren, ob sie eine der wieder erlaubten Veranstaltungen besucht haben, eine große private Feier, eine Party oder eine Sportveranstaltung.

Wenn man dies wüsste, könnte man die sicherlich bald wieder notwendigen Beschränkungen zielgenauer einsetzen. Zweifellos waren die Gesundheitsämter während der dritten Welle mit der Nachverfolgung von Infektionsquellen zahlenmäßig überfordert. Aber bei der jetzt nur noch einstelligen Zahl der Neuinfektionen in einer Stadt oder einem Landkreis sollte es möglich sein, auch etwas Ursachenforschung zu treiben.

Findet sie im Verborgenen statt? Wahrscheinlich findet sie gar nicht statt. Und wenn die vierte Welle angekommen ist, greift man wieder zu denselben Maßnahmen wie in der ersten, zweiten und dritten: Lockdown, Home-Office, Notbetrieb in Kindergärten, Home-Schooling, Aufenthaltsverbote. Man weiß dann zwar immer noch nicht, welche Maßnahmen notwendig und welche entbehrlich sind. Aber man kann vor der staunenden Öffentlichkeit und den Wählerinnen und Wählern mit „harten Maßnahmen“ Entschlusskraft demonstrieren.

Walter Unger, Maintal



## BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

# Hier irrt sich Götz Aly

Zu: „Angriff auf die Einzigartigkeit des Holocaust“, FR-Fuilleton vom 28. Juli

Wie kann Götz Aly ernsthaft behaupten, der flächendeckende Genozid an den Nama und Herero wie auch die Verbrechen anderer Kolonialmächte seien deshalb etwas ganz anderes als der Genozid an den Juden, weil es bei diesen Strafexpeditionen ja einen Anlass gegeben habe; es sei primär darum gegangen, Gegenwehr niederzuschlagen. Der Mord an den Juden sei dagegen anlasslos und deswegen einzigartig gewesen.

Die ganze Argumentation ist einfach nur verquer und zynisch, fast so als hätte es keinerlei Gegenwehr der Juden gegeben und als seien andererseits die Nama und Herero für ihren Genozid selbst verantwortlich, weil sie sich ja gewehrt haben. Dem Anlass der Gegenwehr der Nama und Herero ging doch die koloniale Inbesitznahme durch das Deutsche Reich voraus. Welchen Anlass hatte denn diese?

Es gibt viele Dinge am Holocaust, die einzigartig sind. Das Fehlen eines Anlasses oder von Gegenwehr ist es sicher nicht. Das Muster ist dort wie bei anderen Genoziden (Nama und Herero in Südwafrika, Urvölkerungen in Australien und Nordamerika) im Grunde immer das selbe: Wir sind die überlegenen Herrenmenschen und wir haben das Recht euch auszurotten oder zu marginalisieren und auszubeuten, je nachdem wie es uns passt. Warum? Weil wir es können.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, wie es der Bundespräsident kürzlich tat, dass die deutsche Ostexpansion im zweiten Weltkrieg 27,5 Millionen Menschen allein in der Sowjetunion das Leben gekostet hat. Dies war ein verspäteter Kolonialkrieg, bei dem es um die Unterwerfung, Ausmerzungen und Versklavung des slawischen Untermenschen ging.  
Hans-Peter Piepho, Ostfildern

# Ein Desaster für kommende Generationen

Zu: „Die Jagd nach Rohstoffen“, FR-Wirtschaft vom 28. Juli

Der Artikel beschreibt anschaulich die kritische Lage am Rohstoffmarkt. Er zeigt aber auch die mangelnde Bereitschaft der Automobilbranche sich ernsthaft mit dieser Situation auseinanderzusetzen. Natürlich ist es sinnvoll, sich jetzt schon Gedanken um das Recycling von Akkus zu machen. Aber mindestens zehn Jahre wird man deutlich mehr Rohstoffe verbrauchen als durch Recycling erschlossen werden können. Ein sparsamer Einsatz der Rohstoffe ist oberstes Gebot.

Ein Blick auf die technischen Daten einiger e-Autos zeigt, dass bei vergleichbaren Reichweiten Größe und Gewicht der e-Autos entscheidend für die Größe der verbauten Akkus sind. SUVs wiegen oft mehr als 2500 kg und sie haben Akkus mit 90kWh und mehr. Wer mit zwei Drittel der Reichweite zufrieden ist kann schon kleine Viertürer mit 22kWh-Akkus bekommen. Das wäre weniger als ein Viertel des Rohstoffverbrauches allein für die Akkus, insgesamt weniger Rohstoffverbrauch, kleiner Stell-

fläche, weniger Reifenabrieb – schlicht einfach besser.

Warum geht nicht „klüger und effizienter“ statt „größer und fetter“? Wenn kleinere, alltagstaugliche Autos gebaut würden statt plumper SUVs würden dazu kaum weniger Arbeitskräfte gebraucht; nur die Dividende wird schrumpfen. Es ist dringend nötig, dass die Politik die Weichen stellt. Mit nach Gewicht gestaffelten Preisen für Parkplätze macht Tübingen vor, welche Instrumente zur Verfügung stehen.  
Gerhard Schuster, Krieffel

# Ich begreife es nicht

Zu: „Erdogan erhöht den Druck auf die EU“, FR-Politik vom 31. Juli

Europa wird bedroht!! (Ich habe mir erlaubt, mal bei Wikipedia nachzusehen und meinen Taschenrechner zu benutzen: Europa hat zur Zeit 447,1 Millionen Einwohner. Jede/r von uns müsste also täglich 0,23 Euro besteuern, um alle 1908 von Erdogan zurückgewiesenen Immigranten bei uns dauerhaft zu versorgen. Mit dieser schrecklichen Bedrohung befassen sich nun Kohorten europäischer Spitzenbeamten, die von uns Steuerzahlerinnen und -zahlern deutlich über dem Existenzminimum alimentiert werden (Ich weiß das, weil ich mal 5 Jahre an der Deutschen Schule Istanbul unterrichtet habe). Ich bin offensichtlich zu dumm, um das alles zu begreifen.  
Gerd Wild, Frankfurt

# Mit Bürokratiefloskeln abgewiesen: Es ist erbärmlich

Zu: „Erst gekündigt, dann zurückgelassen – Afghanische Ortskräfte sehen sich von Deutschland im Stich gelassen“, FR-Politik vom 12. Juli

Man habe nicht feststellen können, „dass Sie derzeit einer besonderen Bedrohung ausgesetzt sind, die sich aus Ihrer Beschäftigung bei der afghanisch-deutschen Entwicklungs-Zusammenarbeit der GIZ ergibt.“ Dieser bürokratisch-kühlen Formulierung mit einem „Beste Grüße“ abzuschließen, war wohl als Floskel und nicht zynisch gemeint – ist es aber. (Als ob nicht seit Monaten Meldungen aus diesem Gebiet nichts anderes berichten).

Gerade ist der Streit um die Form einer Würdigung der in Afghanistan eingesetzten Streitkräfte mit einem Kompromiss beendet worden. Unabhängig davon, wie wir als deutsches Publikum diesen Einsatz grundsätzlich bewerten, waren diese Soldatinnen und Soldaten natürlich großen, v.a. psychischen Belastungen aufgrund unterschiedlichster Gefahrensituationen ausgesetzt, deren Bewältigung bei manchen womöglich länger dauern wird, wie

der Einsatz selbst. Aber ohne die Beratung, die Hilfe und den Schutz der afghanischen „Ortskräfte“ wäre die Mission „Verteidigung ‚unserer‘ Freiheit am Hindukusch“ erst gar nicht möglich gewesen.

Sie und ihre Familien konnten sich nur selten hinter starken Mauern und in gepanzerten Fahrzeugen aufhalten. Und wenn dann deren Gefährdungssituationen trotz bekannter Drohungen seitens der Taliban mit geradezu

irrationalen Bürokratiefloskeln abgewiesen werden, ist es nur noch erbärmlich.

„Wer bereut, wird vor Rache verschont“, versprochen Taliban-Sprecher. Aber wie kann man ehrlosen, wortbrechenden Terroristen vertrauen, die unter Drogen gesetzten „Märtyrern“ den Sprengstoffgürtel umschnallen und auf Märkten, bei großen Feierlichkeiten und in Moscheen Tod und Schrecken verbreiten.

Volker Weber, Glashütten/Ts.